95a 36. Jahrgang **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 22. Februar 1907

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

16. Sitzung vom 21. Februar 1907.

Abg. **Brömel** (fr. Vg.) fortfahrend:

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß im Oktober 1906 eine Polizeiverordnung ergangen ist, die den Automobilverkehr in Berlin regeln soll. Nach meiner Ansicht gehört der Straßenbahnmicht allein dem Fuhrverkehr, sondern auch der Fußgänger hat sein gutes Recht. Der Polizeipräsident hat auf wahrhaft väterlicher Weise allerdings auch dem Fußgänger zu helfen gesucht. Es hat bestimmt, daß die Fahrgeschwindigkeit der Automobile so einzurichten ist, daß Unfälle und Verkehrsstörungen vermieden werden. Mehr kann man in der Tat nicht wünschen. (Heiterkeit.) Es heißt dann weiter, daß innerhalb geschlossener Ortsteile die Fahrgeschwindigkeit das Zeitmaß eines im gestreckten Trabe befindlichen Pferdes, etwa 15 Kilometer in der Stunde nicht überschreiten dürfte. Aber sehen Sie sich doch einmal das Fahren der Automobile in einem großen Teil der Berliner Straßen an. Da kann man nicht mehr von einem Fahren der Automobile sprechen, sondern von einem Rasen, besonders in der Tiergartenstraße wird der größte Unfug verübt. Sie wird in einer Weise befahren, daß man nicht auf die Straße blicken kann, ohne ringsherum ein Dutzend Automobile wahrzunehmen, die in einem unsinnigen Tempo umherfahren. Vom Rolandbrunnen bis zum Richard Wagner-Denkmal habe ich noch nie einen Schutzmann gesehen. Es scheint fast, als ob die Sorge für die Marmorstatuen heutigen Tages für die Polizei wichtiger ist als die Sorge für die lebenden Menschen. (Sehr gut! links.) Ich mißgönne den Marmorstatuen ihren Schutz ja nicht. (Sehr gut! links.) Wenn jemand die Straße nicht mehr zu überschreiten getraut, dann kann man ihm noch ruhig zum Trost sagen: „Warten Sie nur, wenn Sie erst nur als Marmorstatue in der Tiergartenstraße stehen, dann werden Sie schon Ihren Schutzmann neben sich haben." (Heiterkeit.) Das Ueberschreiten der Tiergartenstraße hat für den gesamten Besuch des Tiergartens eine große Wichtigkeit. Für ältliche und schwächliche Personen und Kinder bildet der Uebergang eine eminente Gefahr, und deshalb muß gerade in solchen Straßen für eine bessere Kontrolle der Fahrgeschwindigkeiten gesorgt werden. Das Fehlen der Kontrolle hat eine vollständige Verwilderung der Chauffeure zur Folge gehabt. Sie glauben, das Dahinrasen sei ihr gutes Recht. Die Kontrolle allein macht es aber auch nicht. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, die der rasenden Fahrgeschwindigkeit der Automobile von vornherein eine Schranke setzen und den Fußgängern in einigermaßen ruhiger Weise den Fahrdamm zu passieren gestatten. Das ist die Herstellung von Schutzinseln in solchen Straßen, die einen besonders großen Automobilverkehr haben. Besonders das Ueberholen anderer Gefährte durch die Automobile ist einer der großen Uebelstände.

Ich komme nun zu meinem Antrage. Der Etat bringt allerdings eine Erhöhung des Gehalts der Schutzleute in Berlin von 1200 bis 1600 Mark auf 1400 bis 1900 Mark. Aber dafür sollen die Stellenzulagen fortfallen, die bisher 120 Mark pro Mann betragen haben. Die Gehaltserhöhung schrumpft also auf 80 Mark zusammen, so daß man von einer energischen Aufbesserung doch nicht sprechen kann. Fast noch schlimmer als mit den Schutzleuten steht es mit den Schutzmannswachtmeistern. Nach den Angaben des Etats wird das Gehalt der Schutzleute im Durchschnitt um 250 Mark erhöht, das Gehalt der Schutzmannswachtmeister aber nur durchschnittlich um 200 Mark. Ein Wachtmeister mit 150 Mark Gehalt und 120 Mark Stellenzulage bezieht zurzeit 1620 Mark. Nach dem neuen Anfangsgehalt würde es nur 1600 Mark beziehen. Daß das Anfangsgehalt der Schutzmannswachtmeister nur um 100 Mark erhöht wird, hat zur Folge, daß noch einer Reihe von Jahren von zwei Schutzleuten, die zu gleicher Zeit eingetreten sind, und von denen der eine Wachtmeister geworden, der andere aber Schutzmann geblieben ist, der Schutzmann zeitweise hinderch ein höheres Gehalt bezieht als der Wachtmeister. Ich habe nun den Antrag gestellt, das Haus wolle für beide Klassen höhere Sätze in den Etat einstellen. Ich habe selbst zwar einige Bedenken gegen ein solches Vorgehen, aber durch den Antrag Bänsch-Schmidlein, der nur die Gendarmerie berücksichtigen will, bin ich dazu gezwungen, damit keine erhebliche Bevorzugung der Gendarmerie vor den Schutzmannschaften eintritt. Es ist ja wahr, daß die Gendarmen oft selbständiger handeln müssen als die Schutzleute, aber wiederum haben die Schutzleute eine viel schwerere Aufgabe, den Kampf mit dem verbrecherischen und unsittlichen Gesindel. Die Regelung des Verkehrs, die an die Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart außerordentliche Anforderungen stellt, die umfangreiche Kenntnis der Gesetze, die man von diesen Beamten verlangt. Alles das macht eigentlich den Wunsch rege, die Wachtmeister aus Unterbeamten zu Subalternbeamten zu machen, zu denen auch die Oberwachtmeister der Gendarmerie gehören. Gerade die Wachtmeister haben oft den abwesenden Polizeileutnant in jeder Hinsicht zu vertreten. Seit vielen Jahren soll es nicht möglich gewesen sein, den nötigen Ersatz für die Schutzmannschaft im vollen Umfange zu schaffen. Es muß doch also besondere Schaden geben, die diesen höchst beklagenswerten Zustand herbeigeführt haben. (Sehr richtig! links). Diese Schäden erblicke ich einmal in den niedrigen Gehältern, dann aber in der Stellung des Schutzmannes selbst, in seiner Behandlung durch die Vorgesetzten. Ferner kommt auch die Arreststrafe in Betracht. Die ganze Reichsverwaltung kennt ohne diese Arreststrafen für die Unterbeamten aus, weshalb sollte das in Preußen nicht möglich sein? In vielen Fällen hat die Arreststrafe noch eine ganze Reihe pekuniärer Nachteile. Der Schutzmann wird für ein Jahr von jeder Zulage, von jeder Gratifikation ausgeschlossen. Ja, ihm wird sogar die Stellenzulage von 120 Mark entzogen. Schließlich wird diese Arreststrafe noch in sein Zeugnis aufgenommen. Das ist ein Strafsystem, das keinen Tag mehr länger bestehen bleiben darf. (Beifall links.)

Minister des Innern **v. Bethmann-Hollweg:**

Ich will nicht eine lange Rede halten, denn wenn wir die übermäßige Länge der Vergnügungen bekämpfen, so haben wir recht, uns auch gegen die langen Reden zu wehren. (Große Heiterkeit.) Ich bin dem Vorredner dankbar für die Fürsorge, die er den Schutzleuten und Gendarmen durch die Zubilligung höherer Gehälter zuwenden will. Ich muß aber mich dagegen verwahren, daß er die Zulagen, die ich durchgesetzt habe, nun ohne weiteres als nichts bezeichnet. Es ist nicht richtig, daß alle Schutzleute Stellenzulage gehabt haben. Es gibt eine ganze Anzahl, wo das erhöhte Gehalt in vollem Umfange in Erscheinung tritt. Eine Erhöhung des Höchstgehalts um 300 Mark ist doch nicht gering. Wenn ein Teil der Wachtmeister schlechter stehen sollte als bisher, so ist ein alter Grundsatz, daß das ausgeglichen wird, und ich werde das auch aus einem anderen mir zur Verfügung stehenden Fonds tun. Ich hoffe, daß die Schutzmänner und Gendarmen im ganzen Lande erfreut sein werden über die Erhöhung ihres Gehaltes.

Nun zu den Anträgen. Die Einstellung erhöhter Gehälter für die Schutzleute und Gendarmen in diesem Etat beruht ebenso wie bei den anderen Ressorts auf einer vom Staatsministerium gebilligten Vereinbarung mit der Finanzverwaltung. Wenn man über das gewählte Maß nicht hinausgegangen ist, so ist das geschehen, um das dringendste Bedürfnis zu befriedigen, während die Aufbesserungen der übrigen Gehälter, sowie gegebenenfalls eine weitere Erhöhung der Bezüge der Schutzleute und Gendarmen dann erfolgen soll, wenn die allgemeine Gehaltsregelung erfolgt, die für die nächsten Etatsjahre zurückgestellt ist. Von diesen Abmachungen abzugehen, ist der einzelne Ressortminister nicht in der Lage. So wünschenswert die einzelnen in Vorschlag gebrachten Aufbesserungen auch sein mögen, so vermag ich doch nicht meine Zustimmung dazu zu erklären. Es will mir auch scheinen, nachdem vor wenigen Tagen das Abgeordnetenhaus den Beschluß gefaßt hat, eine Kommission zur generellen Prüfung der Beamtengehälter einzusetzen, daß dann diese Kommission der geeignete Ort ist, diese Anträge zu erledigen. Ich möchte daher das Haus bitten, diese Anträge aus der Etatsberatung auszuscheiden und der Budgetkommission zur Prüfung bei Gelegenheit der in Aussicht genommenen Beratung über die Beamtengehälter zu überweisen. Wir kommen nur auf diesem Wege weiter, und ich bitte, daß Sie wenigstens die Erhöhung, die ich nicht ohne Mühe durchgesetzt habe, genehmigen.

Abg. Dr. **Dittrich** (Ztr.):

Der Minister hat seine Rede mit einem Lob auf den sinnlichen Naturtrieb geschlossen, dem wir Lust und Leid, Schaffensfreudigkeit und Lebenslust verdanken. Ich muß dem Minister aber doch erwidern, daß es noch weit edlere Triebe im menschlichen Wesen gibt.

Minister des Innern **v. Bethmann-Hollweg:**

Ich kann nicht begreifen, wie die letzten Worte meiner Rede in diesem Sinne aufgefaßt werden können. Ich habe nicht von Sinnlichkeit gesprochen, sondern nur darauf hinweisen wollen, daß es bei dem Gegenstand, von dem wir hier gesprochen haben, sich um eine Lebenskraft handelt, der wir im Grunde doch alle unser Leben verdanken. Das ist ein großer Unterschied.

Abg. **v. Schuckmann** (kons.):

Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Minister in dieser Frage bei dem großen Wohlwollen und dem großen Ernst, der in dieser Sache obwaltet, ernst vorgehen möge. Der Abg. Kreitling hat sich gestern gegen mich gewandt, weil ich die Berliner Frau beleidigt hätte. So etwas hat mir aber vollständig ferngelegen. Ich habe extra hervorgehoben, daß ich die Berliner Familien im allgemeinen nicht verdächtigen will. Ich weiß, daß es auch hier in Berlin viel musterhaftes Leben gibt.

Abg. **Münsterberg** (freis. Vg.):

Ich stehe mit dem Minister ungefähr auf demselben Standpunkt, daß mir das, was durch die Entwickelung der Volksmeinung und der Volksgewohnheiten entsteht, im großen und ganzen lieber ist als das papierne Gesetz, aber so kurzerhand über das Gesetz und seine Mängel hinweggehen, wie der Minister es getan hat, kann ich nicht. Es sind nicht nur die §§ 77 und 78, es ist auch die Frage der Regelung der Gehaltsgüte bei Entlassungen, die Frage der Krankenkassen für die Dienstboten — die allerdings Reichssache ist, für die aber auch Preußen seinen Einfluß geltend machen kann — es ist der Einfluß der Polizei auf die Zurückführung von Dienstboten, die den Dienst verlassen haben usw. Alle diese Bestimmungen stehen im Gegensatz zu unserer modernen Auffassung, und gerade das Recht der Polizei auf Einmischung in das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde spielt eine große Rolle auf diesem Gebiet. Der Minister hat von einer gewissen Agitation gesprochen. Er meinte gewiß die sozialdemokratische. Er glaubt aber doch wohl nicht, daß ich mich von dieser beeinflussen lasse. Ich habe andere Quellen gehabt, Quellen erster Sozialpolitiker, die sich berufsmäßig mit einer Reform unseres ganzen sozialen Lebens befassen. Ich habe allerdings in den 26 Jahren, die ich verheiratet bin und Dienstboten habe, nur einmal einen Konflikt gehabt. Das Gesetz ist aber doch nicht bloß da für die Leute, die es mit ihren Dienstboten gut meinen. Wenn der Minister sagt, die Schwierigkeiten seien so groß, daß er Bedenken habe, die verschiedenen Meinungen in den verschiedenen Landesteilen umzuwandeln, so gebe ich ihm diese Schwierigkeit zu. Aber Preußen wird doch dasselbe können, was Sachsen, Baden, Württemberg, Mecklenburg, die Reichslande, Weimar und Meiningen schon gekonnt haben. Wir ordnen doch durch Gesetz unzählige Fragen materieller Interessen; uns liegt ein Vergesetz vor. Wir haben Jagdgesetze, wir haben Gott weiß wie viel Gesetze. Ich stimme dem Minister bei, daß die Sportbestrebungen in vernünftiger Weise gepflegt werden sollen. In einer Beziehung gehe ich allerdings nicht ganz so weit wie er: ich bin der Meinung, wenn der Wettkampf der verschiedenen Sportvereine in einem sehr viel stärkeren Maße platzgreift, daß das Uebermaß des Sports genau so gefährlich auf die Jugend wirkt wie der Mangel des Sports. (Sehr richtig!) Man muß sehr wohl im Auge behalten, daß es auch ein Uebermaß geben kann, das auf Kosten der geistigen Entwickelung der Bevölkerung gepflegt werden kann.

Was die persönliche Stellung des Ministers gegenüber der Reglementierung betrifft, so hat er sich im großen und ganzen mit meiner Auffassung einverstanden erklärt. Das wird ja nicht nur mich befriedigen, sondern gerade diejenigen, die im ganzen Lande kraft ihres ärztlichen oder seelsorgerischen oder sonstigen Berufes sich mit diesen Dingen beschäftigen, werden es in der Tat als eine erfreuliche Bereicherung unserer Entwickelung empfinden, daß der verantwortliche Minister sich diesen Dingen im großen und ganzen mindestens nicht ablehnend, sondern eher fördernd gegenüberstellt.

Wenn der Minister gesagt hat, daß die Besprechung dieser Dinge besonders deshalb so schwierig sei, weil sie mit so viel Heuchelei verknüpft sind, so kann ich das nur in vollstem Maße unterschreiben; Deshalb war ich der Meinung, daß bei der Besprechung öffentlicher Mißstände nichts falscher ist, als sich auf den Standpunkt der sittlichen Entrüstung zu stellen. Das nihil humani a me alienum esse puto soll auch für diese Fälle das Leitmotiv jeder solchen Besprechung sein. Wenn man alt geworden ist, soll man vor allen Dingen das eine gelernt haben, daß man nicht vergessen darf, daß man selber jung gewesen ist. (Sehr gut! links.) Deshalb gehe ich an die ganzen Dinge mit der Unbefangenheit eines älteren Mannes heran, der vor allem von einem ungeheuren Mitleid mit den Unglücklichen geleitet wird, die durch soziale, persönliche oder gesundheitliche Verhältnisse in eine Lage kommen, in der sie selbst nicht mehr Herr sind, und die sie in den Sumpf des Elends hineinführen. Der Minister will leider die Kommission, die ich angeregt habe, nicht einberufen. Er sagt: die Gesetzgebung können nur dann gedeihlich sein, wenn sie aus dem Bedürfnis der Bevölkerung und aus der Anschauung hervorgehen, die sich im Laufe der Jahrzehnte so gemodelt haben, daß sie eine solche Gesetzgebung fordern. Aber gerade deshalb, weil ich die Tätigkeit der Frauen, wie sie durch die Tätigkeit des Vereins zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, durch seelsorgerische Vereine und so weiter groß geworden ist, außerordentlich hoch schätze, wünschte ich eine derartige Kommission. Ich wünsche sie nicht erst, wenn die Aenderung der Paragraphen in Angriff genommen werden soll, sondern schon jetzt, damit die öffentliche Meinung geläutert und geklärt wird. Damit wenn das Ministerium die Gesetzgebung ändern will, auch eine breit entwickelte öffentliche Meinung vorhanden ist, auf die sich diese Maßregeln stützen können. Ich hoffe, daß der Minister doch noch meiner Anregung schließlich Folge geben wird. (Beifall links.)

Abg. **Rosenow** (fr. Vp.):

Der Abg. v. Schuckmann hat gestern ein trübes Bild von dem Berliner Nachtleben entworfen. Diese Schattenseiten wird wohl jeder von uns bekämpfen wollen, aber er hat das platte Land mit den großen Städten verwechselt, er hat sich auch von dem Minister sagen lassen, daß er bedeutend übertrieben habe, und daß seine Mittel nicht im Handumdrehen Besserung schaffen würden. — In gewissem Grade wird ein Nachtleben in den Großstädten wegen der Verkehrsverhältnisse notwendig sein. Gegenüber diesem nächtlichen Treiben solle man mehr dem Bildungsdrang der Bevölkerung durch geeignete Vorträge und dergleichen mehr befriedigen. Für diese Ausführung können wir dem Minister nur danken. Die Bildungsmittel, die der Minister angegeben hat, wird man aber durch Einrichtung von Bibliotheken und Lesezimmern noch vermehren können. In Berlin geschieht dafür schon vieles. Ich nenne die Humboldtakademie, die Lessinghochschule, den Handwerkerverein und so weiter. Der Abgeordnete Kreitling hat gestern durchaus das Rechte getroffen. Der Abgeordnete v. Schuckmann hat gestern erklärt, daß nicht nur die Prostituierten, sondern auch die Frauen Berlins in großer Zahl bei Nacht auf den Straßen zu treffen seien. Wenn er anerkannt hat, daß es in Berlin noch viele anständige Familien gäbe, so scheint mir das seine Ausführungen nur noch zu verschlimmern. Ich glaube, in den Ausführungen des Abgeordneten v. Schuckmann steckt so etwas wie ein Uebelwollen, ein Haßgegen die Großstadt.

Auch wir sind der Meinung, daß die Gesindeordnung einer Revision dringend bedarf. Die Gesindeordnungen sind veraltet und passen nicht mehr ins Leben. Der Minister hat gesagt, besser als ein Gesetz müssen die Lebensgewohnheiten des Volkes die Dinge regeln. Gewiß, aber neben den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung muß auch das Gesetz die Dinge ordnen. Die Bevölkerung muß dazu gezwungen werden, auch das Wohlwollen gegen die Angestellten zu üben, das das Gesetz verlangt. Alle, die ein Gefühl für Menschenwürde haben, müssen sich sagen, daß in der Gesindeordnung Bestimmungen enthalten sind, die die Unzufriedenheit stiften und die Klassen der Bevölkerung gegeneinander verhetzen. — Die Klagen des Abg. Brömel über das Automobilunwesen sind durchaus berechtigt. Es wird notwendig und zweckmäßig sein, daß die Polizei diesem Unfug steuert. Auch dem Vorschlage auf Errichtung von Schutzinseln kann ich zustimmen. Diese sind aber leider nicht überall anzubringen. Die Anlegung solcher Schutzinseln ist ja allerdings Sache der Kommunen, kann aber nicht vorgenommen werden ohne Genehmigung der Polizei. Die Anbringung von Schutzinseln an gefährdeten Stellen — ich erinnere an den Kemperplatz — hat bei der Polizei großen Widerstand gefunden. Die Stadt Berlin hat die Notwendigkeit anerkannt, die Verkehrsmittel zu vermehren. Sie hat 1902 beschlossen, eine große Zahl von eigenen Straßenbahnlinien zu bauen, die Polizei hat aber diesem Plan nicht zugestimmt, angeblich weil man Spezialvorschläge habe wollte. Diese Spezialvorschläge sind gemacht worden für einzelne Linien, sie sind durch langwierige Verhandlungen mehr und mehr verzögert worden. Dann aber hat man sich auch in der städtischen Verwaltung darauf beschränkt, nur eine ganz knappe Zahl von sind städtischen Straßenbahnlinien zu beantragen, und hat einen solchen Antrag dem königlichen Polizeipräsidenten eingereicht. Das ist, nachdem Jahre über die Beratung des allgemeinen Planes vergangen waren, im Jahre 1905 geschehen. Auf die Zwischenstadien will ich nicht eingehen, sondern nur erwähnen, daß die Genehmigung der Straßenbahnlinien nicht bald erfolgt ist, sondern daß der größte Teil dieser Linien auch jetzt noch nicht genehmigt ist, daß bei zwei Linien, gegen die eigentlich ein besonderer Einwand nicht vorgelegen hat, zwei volle Jahre nötig gewesen sind, um die Genehmigung zu bekommen. Berlin will noch viele andere Straßenbahnlinien bauen, Untergrundbahnlien und dergleichen. Deshalb darf es in diesem Tempo nicht weiter gehen, diesem Mangel muß abgeholfen werden. Diese Verzögerungen entstehen meist aus einer übertriebenen Rücksichtnahme gegen die Große Berliner Straßenbahngesellschaft, die ja eine Art Monopol in Berlin ausübt. Im Verkehrsinteresse müssen es die Staatsbehörden vermeiden, die Interessen einer Privatgesellschaft zu fördern. Wenn die Regierung schon dieser Gesellschaft in Berlin im Gegensatz zu den Abmachungen der Gesellschaft mit der Gemeinde Berlin eine 30 Jahre länger währende Konzession erteilt hat, als dies in den Kontrakten, die Berlin mit der Großen Berliner Straßenbahn abgeschlossen hat, geschehen ist, so glaube ich, werden wir mit den Verkehrsverhältnissen nicht vorwärts kommen. Wenn die Stadtgemeinde dem schreienden Notstande abzuhelfen sucht, dann sollten doch die Regierung und ihre Behörden nicht überall die Interessen einer einzelnen Gesellschaft gegenüber der Stadtgemeinde in den Vordergrund schieben. Zur Beseitigung der Verkehrsübelstände auf dem Potsdamerplatz sind in der städtischen Verwaltung sehr viele Mittel vorgeschlagen worden. Man wird zu überlegen haben, ob die Entlastung des Potsdamerplatzes vielleicht durch Durchlegung der Poststraße nach einer anderen Richtung hin, nach der Potsdamerbrücke, zu erreichen sein wird. Die städtischen Behörden haben schon einmal diesen Plan gehabt und damals für die Poststraße eine Straßenbahn anlegen wollen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Bei den Verhandlungen der Großen Berliner Straßenbahn wegen der Untertunnelung der Leipzigerstraße ist wenigstens von der Großen Berliner Straßenbahn, die in diesen Dingen außerordentlich gut unterrichtet ist, behauptet worden, daß man ihr die Einrichtung einer Bahnlinie durch die Poststraße in Aussicht gestellt habe. Ich wollte dieses Beispiel nur anführen, um zu zeigen, mit wie verschiedenem Maße die Behörden messen. Der Minister des Innern sollte als Vorgesetzter des Polizeipräsidenten doch dafür sorgen, daß die Anträge Berlins schneller erledigt werden, und daß nicht, wie es geschehen ist, zwei Jahre notwendig sind, um die Genehmigung für eine Straßenbahn im im Norden Berlins zu erreichen. Es handelt sich hier um eine Straßenbahn, die ursprünglich vom Rathenplatz, Stettiner Bahnhof, Weddingplatz nach dem Virchow-Krankenhause geplant war, die also in den großen wichtigen Verkehr gar nicht so einschneidet, daß man dagegen Bedenken haben könnte. Die Stadtgemeinde ist bereit, so schnell als möglich zu arbeiten. Darin sollte sie doch von den Behörden unterstützt werden. (Beifall links.)

Minister des Innern **v. Bethmann-Hollweg:**

Herr Rosenow hat darüber Klage geführt, daß die Behörden den Verkehrswünschen der Stadt Berlin nicht schnell genug nachkommen und daß die Stadt dadurch Privatgesellschaften gegenüber etwas ins Hintertreffen geraten sei. Alle diese Angelegenheiten gehören in das Ressort des Arbeitsministers. Ich gebe Herrn Rosenow anheim, seine Klagen ihm nochmals vorzutragen.

Abg. Dr. **Heisig** (Ztr.)

bedauert die mißlichen Berliner Verkehrsverhältnisse, die durch das Ueberhandnehmen des Automobilverkehrs ständig wachsen.

Abg. **Brömel** (fr. Vg.)

verlangt nochmals dringend eine Besserstellung der Schutzleute.

Abg. **Kreitling** (fr. Vp.):

Ich möchte Herrn v. Schuckmann entgegnen, es gibt nicht nur viele, sondern unzählige anständige Familien in Berlin. Meine Worte gegen Herrn v. Schuckmann richteten sich hauptsächlich dagegen, daß er gestern ungebührlich gesagt hat, in Berlin treiben sich Frauen, Freudenmädchen und halberwachsene Mädchen auf den Straßen herum.

Die Besprechung ist damit geschlossen. Der Titel wird bewilligt. Der Antrag Brömel geht an die Budgetkommission. Es folgt der Titel